Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

160 (12.7.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. VI. 3365.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 160 — **Freitag, den 12. Juli 1935** — **107. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Im englischen Unterhaus hielt Außenminister Sir Hoare seine große politische Rede. Er behandelte alle europäischen Probleme und appellierte an den Führer wegen des Abschlusses des Ost- und Donaupaktes.

*

Der amerikanische Staatssekretär Hull erklärte dem italienischen Botschafter in Washington, daß Amerika wegen des Verhaltens Italiens in Ostafrika stark besorgt sei.

*

In Japan hat sich wieder ein stärkeres Erdbeben ereignet, während in China Hochwasser ganze Städte und Bezirke überschwemmte und viele hunderte Todesopfer forderte.

*

Auf der Chaco-Friedenskonferenz in Buenos-Aires sind ernste Schwierigkeiten aufgetreten.

*

„Tribuna" zufolge soll zwischen Frankreich und England eine Vereinbarung über die weitere Behandlung der abessinischen Frage zustandegekommen sein.

*

Der Dampfer „Delcroß" hat in der Nähe der Orkney-Inseln die überfällige Hamburger Yacht „Störtebecker" angetroffen. An Bord ist alles wohlauf.

*

Der Generalsekretär des Völkerbundes Avenol hatte am Donnerstag eine Unterredung mit Ministerpräsident Baldwin.

*

Das spanische Marineamt fordert für den neuen Haushalt die ungewöhnlich hohe Summe von 710 Millionen Yen gegenüber 530 Millionen Yen im letzten Haushalt.

*

Das Völkerbundssekretariat veröffentlicht soeben die 3 Gutachten, die vom Scheveninger Schlichtungsausschuß in der abessinisch-italienischen Streitfrage ausgearbeitet worden sind.

Der Führer besucht alte Parteigenossin zum 78. Geburtstag

DNB. **München**, 11. Juli. Am Donnerstag besuchte der Führer in Solln die Parteigenossin Frau Hoffmann, um ihr zu ihrem 78. Geburtstag persönlich seine Glückwünsche zu überbringen. Diese Ehrung wurde einer Parteigenossin zuteil, die seit 1920 in den Reihen der Bewegung steht und ihr seitdem in unerschütterlicher, aufopferungsvoller Treue verbunden blieb

Der Deutsche Stenographentag 1935

Der Führer stiftet einen Ehrenpreis.

bld. Für das große kurzschriftliche Leistungsschreiben, das anläßlich des Deutschen Stenografentages in Frankfurt a. M. abgehalten wird und an dem sich schätzungsweise 5000 Stenografen beteiligen werden, stehen hundert Schreibmaschinen zur Verfügung. Der Führer und Reichskanzler hat sein Bild mit eigenhändiger Unterschrift als Ehrenpreis für die beste Arbeit gestiftet.

Der Deutsch-Amerikaner Hoßfield, der Inhaber des Weltrekords im Maschinenschreiben, der ebenfalls nach Frankfurt kommt, wird außer Konkurrenz seine Fertigkeit in aller Oeffentlichkeit zeigen. Die Teilnahme an dem Kampf um die Meisterschaft im Maschinenschreiben ist nur für deutsche Maschinenschreiber offen, da es sich um einen nationalen Wettbewerb handelt.

Protest der Reichsregierung

in Kowno

Berlin, 11. Juli. Auf Grund seines Beschlusses vom 31. Mai d. J. hatte der Appellationsgerichtshof in Kowno am 14 Juni d. J. auf eine Reihe von Forderungen der Kreditgesellschaft „Agraria" und des „Kreditverbandes memelländischer Grundbesitzer" Arrest gelegt und deren Schuldnern gestattet, Einzahlungen auf die Konten der „Agraria" und des Kreditverbandes bei der Landschaftsbank in Memel zu leisten. Da durch diese Maßnahme die Interessen reichsdeutscher Gläubiger erheblich beeinträchtigt werden, hat die deutsche Regierung **bei der litauischen Regierung gegen die Anordnung des Appellationsgerichtshofes nachdrücklich Einspruch erhoben und verlangt, daß die Rechte der reichsdeutschen Interessenten wieder hergestellt werden.**

Englands Außenpolitik

Die außenpolitische Aussprache im Unterhaus — Sir Hoare spricht

London, 11. Juli. Der englische Außenminister Sir Hoare eröffnete am Donnerstag nachmittag die große außenpolitische Aussprache im Unterhaus Die Regierungsanhänger und die Opposition waren in voller Stärke erschienen. Auf der Diplomatenloge sah man die Botschafter Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Sowjetrußlands und die diplomatischen Vertreter anderer Staaten. Auch der britische Botschafter in Berlin, Sir Eric Phipps, war anwesend.

Nach Erledigung einzelner kleinen Anfragen erhob sich Sir Hoare zu seiner ersten Unterhausrede seit seiner Ernennung zum englischen Außenminister. Einleitend sagte er, daß seine Erklärungen ausführlicher als üblich sein würden. Er wolle nicht nur die aktuellen Tagesfragen behandeln, sondern auch versuchen, sie in den allgemeinen Hintergrund der britischen Außenpolitik einzufügen.

Der Krieg, so fuhr der Minister fort, habe eine verarmte und aufgeregte und mißtrauische Welt zurückgelassen. Der Krieg habe auch die meisten Leute überzeugt, daß der Friede ein Ganzes ist, und diese Auffassung habe die Länder der Welt zur Schaffung des Völkerbundes veranlaßt. Viele Leute, und er denke dabei nicht an ein besonderes Land, scheinen ein tiefes Vergnügen an Aufregungen und Abenteuern in der Psychologie der Furcht und manchmal sogar der Brutalität zu finden. Er wolle nicht nur das Unterhaus, sondern auch das englische Volk im allgemeinen und die anderen Länder auffordern, etwas mehr Gutmütigkeit, gesunden Menschenverstand und freundliche Toleranz in die Lebenshaltung und die außenpolitischen Erwägungen hereinzubringen. In diesem Geiste wolle er auch an die vorliegenden Schwierigkeiten herantreten.

Der Außenminister behandelte dann zunächst das Flottenabkommen. Er betonte, daß das Flottenabkommen keineswegs selbstsüchtig sei und daß England kein solches Abkommen unterzeichnet hätte, das nicht auch zum Vorteil der anderen Seemächte gewesen sei. Jedes Abkommen, das England mit Deutschland hätte schließen können, hätte derart sein müssen, daß es die Aussichten eines allgemeinen Flottenvertrages nicht ungünstig beeinflusse. Es habe überragende Gründe gegeben, warum England im Interesse des Friedens die sich ihm bietende Gelegenheit hätte ergreifen müssen. Zu viele Gelegenheiten zur Herbeiführung einer Abrüstung seien in den letzten Jahren entgangen. Hier habe jedoch ein Fall vorgelegen, in dem die Marinesachverständigen auf Grund marinetechnischer Gründe der Ansicht waren, daß ein Abkommen geschlossen werden mußte. Hier habe sich eine vielleicht nie wiederkehrende Gelegenheit geboten, um eine der Hauptursachen für die Verschlechterung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern vor dem Krieg zu beseitigen, nämlich einen Rüstungswettbewerb zur See. Weiter habe das Abkommen zur Beseitigung des unbeschränkten U-Boot-Krieges geführt. Kurz, es sei hier eine Gelegenheit gewesen, ein Abkommen abzuschließen, das auch zum Vorteil der anderen Seemächte mit Einschluß Frankreichs sei. Vom logischen und juristischen Standpunkt aus sähen die Dinge vielleicht anders aus als vom praktischen. Aber die englische Regierung brauche sich nicht entschuldigen, wenn sie einen praktischen Beitrag zum Frieden liefere. Wenn man die Dinge ohne Leidenschaft ansehe, werde man sagen, daß die britische Regierung nicht nur klug gehandelt habe, sondern auch den einzigen praktischen Weg beschritten habe, der für sie passend gewesen sei.

Hoare behandelte dann den Luftpakt und wies darauf hin, daß die Regierung nach wie vor einen Luftpakt anstrebe, der von einer Begrenzung der Luftrüstungen begleitet sein müsse. Die Schwierigkeit bestehe jedoch hier darin, die verschiedenen Ansichten auf einen Nenner zu bringen, wie man die Verhandlungen darüber führen solle. Wenn man das wolle, müsse man die Zweifel und Schwierigkeiten der Nachbarn, d. h. der fünf Locarno-Mächte, verstehen. Es sei bekannt, daß diese den Luftpakt nicht von anderen Bedingungen trennen wollen. Es sei befürchtet worden, daß England das tun wolle. Demgegenüber betone er, daß der Friede eine Einheit sei.

Das führe ihn direkt zur Frage des Ostpaktes. Wenn auch England keine weiteren Verpflichtungen übernehmen wolle, so schließe das nicht ein Interesse an der Regelung der Ostfragen aus. Wenn er auch nicht der Ansicht Edens ist, daß der Abschluß eines gesonderten Westluftpaktes die Gefahren im Osten vermehren würde, so meine er doch, daß ein Krieg in Mittel- oder Osteuropa zu einem allgemeinen Konflikt führen könne. Das sei der Grund, warum die britische Regierung den Abschluß eines östlichen und Donaupaktes so bald wie möglich wünsche.

Hoare betonte weiter, daß der deutsche Reichskanzler einen bestimmten Vorschlag zur Ostpaktfrage gemacht habe, und zitierte diesen im Wortlaut. Hierbei hob er hervor, daß die Franzosen diesen Vorschlag als Verhandlungsgrundlage angenommen hätten, und daß auch der Donaupakt nach diesem Muster behandelt werden könne. Es steht jetzt in der Macht des deutschen Kanzlers, einen wirklichen Beitrag zu leisten — einen Beitrag, der bei manchen Regierungen nicht nur in Mittel- und Osteuropa, sondern auch in Westeuropa eine Ursache der Besorgnis beseitigen würde. Hoare erklärte wörtlich: Ich möchte mir erlauben, ihn dringend zu bitten, diesen Beitrag zu leisten. Ich glaube in der Tat, daß er seiner eigenen Sache dienen wird, wenn er ihn leistet. Er selbst sprach sehr offen in seiner Rede vom 21. Mai, und ich weiß, daß er es nicht unfreundlich aufnehmen wird, wenn ich ebenso offen spreche. Wir in England — und in der Tat die ganze Welt — sind nicht nur durch das deutsche Wiederaufrüstungsprogramm, sondern auch durch gewisse andere Erscheinungen im heutigen Deutschland beunruhigt worden. Nichtsdestoweniger haben wir den Kanzler bei seinem Wort genommen, und erst in den letzten Wochen haben wir einen praktischen Beweis dafür geliefert, indem wir mit ihm das Flottenabkommen abgeschlossen haben. Wir haben dadurch, wie wir hofften, einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Versöhnung gemacht. Aber die Versöhnung ist wie der Friede eine Einheit und Vielheit zugleich. Und alle Straßen führen nach manchen Hauptstädten. Laßt ihn daher den nächsten notwendigen Schritt vorwärts tun und der Aushandlung der Ost- und Donaupakte vorwärts helfen, wodurch er den Abschluß eines Luftpaktes, dem er, wie ich weiß, wünsche, einen großen Antrieb erteilen würde.

Unter Beifall erklärte der Außenminister dann, daß er besonders auch die Frage der österreichischen Unabhängigkeit und Unversehrtheit erwähnen wolle. „Immer wieder haben wir unsere überlegte Ansicht ausgesprochen, daß Oesterreich strategisch und wirtschaftlich eine Schlüsselstellung in Europa einnimmt, und daß eine Aenderung in seinem Status die Grundlagen des europäischen Friedens erschüttern würde. Wir werden weiterhin die mutigen Bemühungen, die die österreichische Regierung und das Volk zur Aufrechterhaltung und Stärkung ihres unabhängigen Bestehens machen, mit engstem und mitfühlendstem Interesse verfolgen. Das ist einer der Gründe, warum die britische Regierung gern sehen möchte, daß ein Donaupakt des Nichtangriffes und der Nichteinmischung für Mitteleuropa ohne weiteren Aufschub abgeschlossen wird.

Der Außenminister ging dann zur Frage des Völkerbundes und der kollektiven Sicherheit über. Man könne keine Sicherheit ohne proportionelle Beiträge haben. Unter großem Beifall erklärte er: Man kann einen Grundsatz nicht verteidigen, geschweige denn einen Nachbarn, wenn man nicht bereit ist, sich selbst zu verteidigen. Laßt uns um Gottes willen Frieden und Wiederaufbau haben, aber nicht durch die Kraft von Worten, die nicht durch angemessene Maßnahmen für unsere Verteidigung und für die Ausführung unserer Verpflichtungen begleitet sind." Der Schlüssel der kollektiven Sicherheit sei der Völkerbund und die englische Stellungnahme zu ihm. Solange ein wirksamer Völkerbund und ein wirksames System der kollektiven Sicherheit besteht, sei England bereit und willens, Anteil an der kollektiven Verantwortung zu übernehmen. (Beifall.)

Aus diesen Gründen, so fuhr Hoare fort, nehme England einen so ernsten Anteil an dem italienisch-abessinischen Streit. Aus diesem Grunde sei es auch, selbst auf die Gefahr einer Kritik hin, bereit gewesen, einen konstruktiven Vorschlag zu machen, um einen Krieg zu verhüten, der, wie er auch enden möge, eine ernste Rückwirkung auf das ganze Völkerbundssystem haben würde (Beifall.) Er brauche nicht im einzelnen die völlige Widerlegung zu wiederholen, die die englische Regierung den wilden Erklärungen über die Motive und Handlungen Englands in gewissen Teilen der italienischen Presse zuteil werden ließ. (Beifall.)

„Wir haben keine Hintergedanken, sondern nur den Gedanken einer friedlichen Regelung. Die Erklärungen, daß wir an unsere eigenen Kolonialinteressen denken und daß wir in den benachbarten britischen Kolonien Truppen ankäufen, entbehren jeglicher Grundlage. Ich hoffe, daß meine Widerlegung in allen italienischen Zeitungen, die für diese unbegründeten Beschuldigungen verantwortlich sein mögen, vollste Veröffentlichung finden wird." Nach einem Hinweis auf die Besprechungen zwischen Eden und Mussolini, die beide sehr offen miteinander gesprochen hätten, erklärte der Außenminister: „Ich möchte es klar machen, daß wir den italienischen Wunsch nach Uebersee-Expansionen stets verstanden haben und verstehen werden".

In den weiteren Ausführungen betonte der Außenminister die alte Freundschaft mit Frankreich, es sei nicht britische Art, alte Freundschaften zu opfern, um neuer Willen. Er unterstrich die alten und wertvollen Beziehungen zu Italien. Gegenüber Deutschland betonte er, daß die englische Haltung ein praktischer und verstehender Realismus ist.

Hoare ging dann noch auf die Beziehungen Englands zu Japan und China ein und wies darauf hin, daß England besonderen Wert auf freundliche Beziehungen zu Japan lege. Er nehme sich jedoch die Freiheit und wolle den japanischen Freunden sagen, daß man in England besorgt sei, wegen gewisser Ereignisse in Nordchina. Er glaube jedoch, daß dieses Kapitel der Besorgnis vor dem Abschluß stehe und daß der englische Wunsch nach möglichst freundlichen Beziehungen in Zukunft sich mehr verwirklichen werde. Bezüglich Chinas erklärte er, daß England durch die Ernennung seines Botschafters gezeigt habe, wel-

chen Wert es auf die Beziehungen zu diesem Lande lege. Zum Schluß ging er auf die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika ein, die ausgezeichnet seien.

Hoare schloß mit der Erklärung, daß er wisse, welche große Verantwortlichkeit das britische Reich habe. England beabsichtige, seine Verpflichtungen einzuhalten, die sich aus den Abkommen und den Völkerbundssatzungen ergäben und es sei bereit, mit Europa auf der Grundlage einer kollektiven Sicherheit zusammen zu arbeiten.

Die große außenpolitische Aussprache im Unterhaus

DNB. **London**, 11. Juli. In der Unterhausaussprache ergriff als erster Sir Herbert Samuel für die liberale Opposition das Wort. Er erklärte, daß der Luftpakt nicht in den Hintergrund geraten dürfe. Daß das deutsch-englische Flottenabkommen bei einigen Leuten Besorgnis erregt, weil dieses Abkommen ohne Zutun des Völkerbundes und ohne Befragung anderer Mächte abgeschlossen worden sei. Es sei vielleicht besser gewesen, wenn es in einer provisorischen Form abgeschlossen worden wäre, jedoch sei die Regierung zu loben, daß sich sich die Gelegenheit nicht habe entgehen lassen. Es sei an der Zeit, zu erkennen, daß die Rüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages tot sind und daß die Tatsache, daß sie nicht begraben worden sind, die Luft Europas vergifte. Nach einer unfreundlichen Bemerkung gegen Deutschland bemerkte der Redner, man sehe in England ebensogut wie in Frankreich die Gefahren, die sich aus den ständigen Erklärungen des Kanzlers gegen Sowjetrußland ergeben. Zur abessinischen Frage übergehend erklärte Samuel, daß ihn die Methode beunruhige, die Italien anwende. Man dürfe Italien nicht in Zweifel darüber lassen, was für einen Eindruck sein Vorgehen in weiten Kreisen Englands mache. Er hoffe im übrigen, daß die Krise, die den Völkerbund bedrohe, vermieden werden könne.

Für die Arbeiteropposition sprach Attlee, der die Rede Hoares als rückschrittlich bezeichnete.

Winston Churchill übte in gewohnter Weise scharfe Kritik an der englischen Außenpolitik. Sie habe in den letzten Wochen gezeigt, wie man die Dinge nicht tun solle. Sie habe den Völkerbund geschwächt, die kollektive Sicherheit verschlechtert, Deutschlands Vertragsverletzung verziehen (?) und Stresa erschüttert. Er gebe zu, daß das Flottenabkommen nicht notwendigerweise gegen den Vorteil und die Sicherheit anderer verstoße. Aber beklagenswerterweise sei es ein völlig getrenntes Vorgehen gewesen. Das Vertrauen zwischen England und Frankreich sei erschüttert worden, das heute infolge der bedauerlichen Unterlegenheit der britischen Luftflotte gegenüber der deutschen notwendiger als je sei. Nachdem Winston Churchill erklärt hatte, daß er einen Krieg in Abessinien für unvermeidlich halte und daß England zusammen mit anderen Nationen „seine Pflicht tun" müsse, kam Churchill erneut auf das Flottenabkommen zu sprechen und richtete in diesem Zusammenhang weitere heftige Angriffe gegen Deutschland.

Lloyd George bedauerte, daß England anscheinend nicht wünsche, seine Verpflichtungen aufgrund des Völkerbundes gegenüber Italien anzuwenden. Die Genfer Entschließung vom April, in der wirtschaftliche und finanzielle Sanktionen gegen einen Vertragsbruch vorgesehen wurden, sei zwar gegen Deutschland gerichtet gewesen, aber „man kann nicht einen Maßstab für Deutschland anwenden und einen anderen für Italien". Abessinien sei der erste Fall, auf den die Genfer Entschließung anwendbar wäre. Er hoffe, daß England an seine Freunde und Verbündeten in Europa und anderswo herantreten werde, um eine wirkungsvolle Intervention herbeizuführen. Die Abessinier seien ein sehr tapferes Volk, und ein Feldzug gegen sie sei ein „sehr ernstes Gefecht" für Italien. „Man kann augenblicklich nicht wissen, was unserem alten Freund Italien, für den wir die wärmsten Gefühle hegen, passieren mag". Wenn es dem Völkerbund nicht gelinge, die abessinische Frage zu regeln, dann werde die letzte Spur seines Ansehens verschwinden. Zur Abrüstungsfrage übergehend sagt Lloyd George, er wolle die Unterseebootsfrage nicht behandeln, da ein besonderer Tag zur Erörterung des Flottenabkommens angesetzt sei.

Lloyd George bat dann um die Erlaubnis, einige Bemerkungen zum Versailler Vertrag zu machen, der wie alle menschlichen Erzeugnisse, voller Mängel gewesen sei. Er sei unter Bedingungen beispielloser Erbitterung geschrieben worden. Das beste, was man habe tun können, sei die Einfügung von Maßnahmen für eine zukünftige Revision gewesen. Schon damals eine Revision zu versuchen, wäre Wahnsinn gewesen.

Lloyd George sprach dann von der „gewaltigen Wehrpflichtverordnung" Deutschlands. In sehr kurzer Zeit würden die militärischen Streitkräfte Deutschlands die größten in der Welt sein. In Stresa habe man die „einseitige Vertragsverletzung" Deutschlands scharf zurückgewiesen, aber habe man etwa gehandelt? Auf die Entschließung von Stresa und Genf habe Hitler U-Boote gebaut. Wo seien die Sanktionen? Der neue Ministerpräsident und der neue Außenminister hätten den großen „Vertragsbrecher" herzlich eingeladen, einige weitere „Vertragsbrüche" zu erörtern. Deutschland pfeife auf den Völkerbund, Italien tue dasselbe. Kurz gesagt, der Völkerbund sei nur noch ein Schutthaufen.

Sir Austen Chamberlain erklärte, er stimme darin überein, daß die Lage ernst genug sei und daß die Atmosphäre in Europa schlechter sei als vor einigen Monaten. Die letzten Ereignisse hätten die Befürchtungen nicht vermindert, sondern sie erhöht. Das sei vielleicht der Grund, warum die Mächte so sehr zögerten, irgend einen gemeinsamen Beitrag zum Frieden zu machen. Er wandte sich dann mit ziemlicher Schärfe und Ironie gegen Lloyd George, den er fragte, ob er wirklich glaube, daß er seinen Absichten diene, indem er allen anderen Nationen die Levitten lese und indem er fremde Staatsoberhäupter beleidige. Man könne nicht Frieden machen, indem man strafe. Er habe durchaus recht, wenn er sage, daß er mehr als irgend ein anderer für den Versailler Vertrag verantwortlich sei, aber wenn er sage, daß nur die härtesten Bedingungen aufrecht erhalten worden seien, so habe er vielleicht geschlafen, oder sei zu sehr durch seine literarischen Arbeiten beansprucht gewesen. Die Reparationen, eine der schärfsten Bestimmungen, seien verschwunden. Die Rheinlandbesetzung habe fünf Jahre vor der Zeit aufgehört.

An dieser Stelle unterbrach Lloyd George und stellte fest, daß der Versailler Vertrag Deutschland verpflichtet habe, die Reparationen bis zum äußersten zu zahlen und stellte unter Protest der Konservativen fest, daß Deutschland diese bis zum letzten erfüllt habe.

Chamberlain wandte sich dann gegen die Feststellung Lloyd Georges, daß die Regierung die Einfühlung der Wehrpflicht in Deutschland, „diesen Vertragsbruch", habe hingehen lassen. Was würde er denn getan haben? Wenn alle Regierungen falsch gehandelt hätten, ja, was wolle er denn eigentlich? Würde er, nachdem festgestellt worden sei, daß Deutschland sich wieder bewaffne, vorgeschlagen habe, daß Frankreich sich bewaffnen und in Deutschland einmarschieren solle? (Stürmische Rufe.) Er, Chamberlain, sei der Ansicht, daß Hoares heutige Erklärungen in den fremden Hauptstädten einen größeren Eindruck machen würden, als man das im Hause anzunehmen scheine. Er stimme voll und ganz mit der Linie überein, die Hoare eingeschlagen habe.

Der Liberale Mander übt hierauf Kritik an der Art, wie das Flottenabkommen abgeschlossen worden sei und meinte, daß man sich auf diese Weise die alten Freundschaften verscherze.

Als sich der Arbeiterabgeordnete Jones erhob, um die Aussprache im Namen der Opposition abzuschließen, ging plötzlich im ganzen Unterhaus das Licht aus. Minister und Abgeordnete waren in tiefes Dunkel gehüllt. Jones versuchte, seine Rede an die unsichtbare Zuhörerschaft fortzusetzen, als ein Unterhausbeamter eine Kerze brachte, um die Ministerbank zu erleuchten. Nach und nach wurden etwa ein Dutzend aufgestellt, und die Aussprache wurde im Halbdunkel fortgesetzt.

Das elektrische Licht im Unterhaus flammte fünf Minuten vor zehn Uhr unter dem lauten Beifall des ganzen Hauses wieder auf.

Der Abg. Griffiths wies auf die bedeutsame Rede Hitlers hin, in der der Reichskanzler seine Bereitwilligkeit erklärt habe, in Verhandlungen über ein Abkommen zur Rüstungsbegrenzung einzutreten. Bis jetzt habe die englische Regierung noch keinen Schritt getan, um Deutschland entgegenzukommen.

Jones (Arbeiterpartei) behauptete, daß das deutsch-englische Flottenabkommen durchaus schlecht für die ganze Welt sei. Die Aussprache wurde im Namen der Regierung vom Völkerbundsminister Eden abgeschlossen. Einleitend erklärte er unter Bezugnahme auf die Kritik der Arbeiterpartei, daß von einer Doppelherrschaft im Außenministerium keine Rede sei. Der Außenminister sei „König", und er sei stolz, mit ihm zu arbeiten. Zum deutsch-englischen Flottenabkommen erklärte Eden: „Die britische Regierung gibt nicht zu, daß der Abschluß dem Londoner Protokoll vom 3. Februar und der Stresaer Entschließung entgegensteht". Es könne keine Rede davon sein, daß England die deutsche Regierung aufgefordert hätte, etwas zu tun, was sie sonst nicht getan hätte. Der Zweck dieses Schrittes sei es gewesen, durch ein Abkommen mit Deutschland die letzten Folgen eines „einseitigen Entschlusses" zu beschränken, mit dessen Verwirklichung Deutschland bereits begonnen hätte.

„Wir konnten nicht zulassen, daß solche Verhandlungen, die die Zukunft der bald ablaufenden Flottenverträge berühren, bis zum Abschluß einer internationalen Vereinbarung über Land- und Luftrüstungen aufgeschoben werden. Wir wünschen alle drei Fragen vorwärtszutreiben, aber wir betrachten das deutsch-englische Flottenabkommen als einen wichtigen vorbereitenden Schritt und als den natürlichen Abschluß eines Abkommens über Rüstungen im allgemeinen".

Eden nahm dann auf die Kritik Bezug, daß England nicht mit den Stresa-Mächten zusammengearbeitet habe und daß es keine zweiseitigen Abkommen abschließen solle. Diese Kritik, so erklärte er, treffe genau so auf den französisch-russischen Vertrag zu, den England nicht zu kritisieren wünsche. England hätte gegen Abkommen anderer Länder mit Deutschland nicht nur nichts einzuwenden, sondern würde diese als einen Schritt zur Befriedung betrachten, „vorausgesetzt, daß unsere eigene Handlungsfreiheit unbeeinträchtigt bliebe, genau so, wie die Handlungsfreiheit anderer Mächte durch das deutsch-englische Flottenabkommen in keiner Weise durch das deutsch-englische Flottenabkommen in keiner Weise beeinträchtigt wird. Voraussetzung wäre auch, daß ein solches Abkommen eine allgemeine Vereinbarung nach den Richtlinien des Londoner Protokolls erleichtern würde." Eden sagte dann, daß Deutschland im Februar damit einverstanden gewesen sei, einer Zehnjahresabmachung zuzustimmen, sowie einer Luftflotte, die 50 v. H. der französischen während dieser Zeit nicht überschreiten würde, und einer Armee, die mit 300 000 Mann der französischen gleich sein würde. Die französische Regierung habe dieses Angebot abgelehnt. Sei dies nicht eine Grundlage, auf der wir uns heute so gern einigen würden? „Das Flottenabkommen ist nach unserem Urteil ein sehr wichtiger Schritt zur allgemeinen Begrenzung der Flottenrüstungen. Wäre er nicht getan worden, dann hätten alle ausländischen Mächte unter dem Flottenrüsten leiden müssen. Jetzt aber kennt jede Flottenmacht die Grenze der deutschen Flottenrüstung und kann ihr Programm danach einrichten. Der Völkerbund kann nur an Einfluß und Ansehen gewinnen, wenn das Flottenwettrüsten durch dieses Abkommen verhindert wird." Aus den Reden der Opposition habe er entnommen, daß die Arbeiterpartei das Abkommen ablehne. Zur Opposition gewandt rief Eden aus: „Würden Sie wünschen, daß wir dieses Angebot für eine Begrenzung der Flottenrüstungen ablehnen? Ich erwarte eine Antwort." Die Antwort blieb aus, obwohl von den Regierungsbänken wiederholt „Antwortet, antwortet!" gerufen wurde.

Eden ging zur Luftpaktfrage über und erklärte, mit allen interessierten Mächten habe ein Meinungsaustausch über die Luftfrage stattgefunden. Der erste Punkt sei das allgemeine Verfahren für die Aushandlung des Luftpaktes und das Verhältnis dieses Verfahrens zu den Fragen des Ostpaktes und des Donaupaktes, über die zurzeit Besprechungen mit anderen Regierungen im Gange seien. Zweitens finde ein Meinungsaustausch über die allgemeine Form statt, die der Luftpakt annehmen könne. Sicherlich sei es die Ansicht der englischen Regierung, daß irgend ein Luftpakt eine Form der Ueberwachung erfordere, die während der Verhandlungen festgelegt werden müsse.

Eden wies dann verschiedene Erklärungen Lloyd Georges, vor allem über die Entschließungen von Stresa und Genf, zurück. Lloyd George habe behauptet, in Genf habe man die Anwendung wirtschaftlicher und finanzieller Sanktionen beschlossen. Davon sei nicht die Rede. Vielmehr habe der Völkerbundsrat versucht, das Problem der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen zu behandeln, indem er eine Prüfung dieser Frage als Mittel gegen irgendeinen zukünftigen Vertragsbruch eingeleitet habe. Die Arbeiten seien zurzeit im Gange. In Genf habe man gesagt: „Wir wollen sehen, ob wir finanzielle und wirtschaftliche Sanktionen anwenden können." Zwischen dieser Tatsache und der Behauptung Lloyd Georges bestehe ein himmelweiter Unterschied. Eden kam auch auf die Frage des Bombenabwurfes zu sprechen und schilderte die Schwierigkeiten, die sich bei der Behandlung dieser Frage in Genf ergeben hätten. Er lehnte ferner die Erklärung Lloyd Georges ab, daß Deutschland infolge der britischen Vorschläge die Abrüstungskonferenz verlassen habe. Es habe sich garnicht um Vorschläge der englischen Regierung allein gehandelt, sondern um die Lösung, über die sich Frankreich, Italien, Belgien und England geeinigt hätten.

Eden kam dann auf den italienisch-abessinischen Streit zu sprechen und sagte u. a.: Wenn der englische Vermittlungsvorschlag angenommen worden wäre, hätte man als nächstes die Tatsache den Franzosen als Mitunterzeichner des Vertrages von 1906 vorgelegt, und zwar, bevor man sie Abessinien und dem

---

Das große Einmaleins

ROMAN VON HANNA PASSER

23. Fortsetzung

Und Wieland hat natürlich gelesen, was hier in deutlicher Rundschrift steht,

Lucie Seydel/Konkurs Sanders.

und hat damit entdeckt, was Geheimnis bleiben sollte.

Er sagt zwar nichts, der Wieland, aber — er wartet. Es ist nicht zu übersehen und nicht mißzuverstehen, daß er wartet. Und Holzer muß sich entschließen, zu sprechen.

„Tja ... Fräulein Seydel hat sechshundert Mark Entschädigungssumme aus der Konkursmasse Sanders bekommen ..."

Und da Wieland noch immer stumm bleibt, muß er sogar noch weiter reden: „... ist doch immerhin ein kleiner Rückhalt für die Zeit, die vielleicht noch mit Suchen und Warten vergehen wird, bevor sie wieder eine Anstellung findet ..."

„Hmmm ... das hat unsere Kanzlei beim Konkursverwalter erreicht ... so einfach ... ach lassen Sie mich doch mal sehen ... da ist bloß ein Brief geschrieben worden ... und daraufhin wurde gleich das Geld ausgezahlt", äußert Wieland mit undurchdringlicher Miene.

„Nein ... so war das nicht ... das heißt, nicht die Kanzlei hat offiziell, sondern ich habe das selbst ... sozusagen privatim ..."

Holzer gerät elendig ins Stottern.

„Sagen Sie mal, Herr Bürovorsteher, für wie blöd halten Sie mich eigentlich, „läßt sich darauf Wieland gemütlichen Tones vernehmen.

„Aber lieber Herr Wieland ..." Jetzt schwitzt Holzer bereits.

„Na ja, so eine schöne Geschichte können Sie schließlich allenfalls noch Fräulein Seydel einreden, obzwar es bei deren Klugheit und Geschäftskenntnis immerhin auch recht gewagt ist, aber es geht gerade noch. Aber mir, Günter Wieland, und Referendar dazu, dürfen Sie doch nicht so kommen ... Lieber Gott, Konkursmasse des falliten Bankhauses zahlt Einvierteljahrsgehälter als Entschädigungssumme an die brotlos gewordenen Angestellten ...! Märchenhafte Angelegenheit, das ...!"

„Es war eben die einzige Möglichkeit, dem Kind in einer Weise zu helfen, daß sie es nicht merkt ... das heißt, sie darf niemals erfahren, daß ich selbst dieses Geld ... ach Gott, Herr Wieland, Sie müssen mich doch verstehen ..."

„Ich verstehe alles, Herr Holzer, nur das Eine nicht: Wozu haben Sie diesen — hm — fiktiven Akt angelegt, der Sie nun schließlich verraten hat?"

Nun wird Holzer erst recht verlegen.

„Sehen Sie, Herr Wieland, ich kann nicht so einfach drauflos schwindeln, oder sagen wir so: ich habe das verlernt in den Jahrzehnten, da ich hier bei den Thorns Dienst tue ... Und so muß ich für so eine freie Phantasie eine ... sozusagen aktenmäßige Unterlage haben, sonst falle ich bestimmt aus der Rolle ..."

„Bester Herr Holzer ..." Bei Wieland bricht die Rührung durch über das wahre Wesen des alten Bürovorstehers.

Impulsiv faßt er seine Hände, dann bittet er herzlich: „Wollen Sie mir nicht volles Vertrauen schenken und mir — der ich doch nun schon so vieles weiß — sagen, was Sie an Fräulein Seydel kettet, warum es Ihnen bei dieser innigen Anteilnahme an ihrem Geschick so ganz unmöglich ist, sie im Thornbüro ihr Brot finden zu lassen, wo Sie doch alle Vollmachten haben?"

„Ja ..." entgegnet der Alte nach kurzer Überlegung und einem letzten prüfenden Blick. „Es soll wohl so sein, daß Sie darum wissen mögen ... Gut, ich will Ihnen alles erklären, aber nicht jetzt ... nicht hier ... nicht so zwischen Tür und Angel!"

„Lassen Sie mich bloß nicht zu lange warten!"

Holzer schüttelt den Kopf.

„Und glauben Sie auch nicht, daß ich plump neugierig bin."

Wieder verneint der Alte wortlos.

„Ich möchte Ihnen nämlich helfen, Herr Holzer, ich denke, ich werde es wohl können ..."

„Ja, das glaube ich auch ... Sie, Wieland, als helfender Mitwisser ... das kann für alle nur gut sein ..."

„Herr Holzer möchten zum Chef komm'!" meldet die Sekretärin Enders.

„Mit welchen Akten?" will dieser wissen.

„Das hat er nicht gesagt ... War drin zum Diktat ... Herr Doktor hat es plötzlich unterbrochen und mich nur angewiesen, Sie zu holen ... Er ist sehr nervös, unser Herr", setzt dann das Mädchen noch hinzu, das auch schon seit Jahr und Tag seinen Dienst in der Thornkanzlei versieht.

* * *

Holzer erschrickt über Manfreds verquältes Gesicht.

„Ich muß in einer Stunde hinaus ... zu Claudia ... Sie brauchen mich diesmal nicht zu begleiten, Holzer ... wir können nicht beide fort ... und um so weniger, als ich dann heute überhaupt nicht mehr ins Büro zurückkomme ... ich kann es nicht ..."

Manfred, der anfänglich abgerissen gesprochen hat, ist beim letzten Satz heftig geworden.

„Gewiß, Herr Doktor. Es ist auch gar nicht nötig, daß Sie sich zwingen. Ich werde schon alles ganz gut versorgen. Ich begreife nur nicht, daß man Sie schon wieder dahin ruft ..."

In ratloser Bekümmertheit fingert Holzer an den Knöpfen seiner Jacke. „Ich meine, früher, da waren doch immer lange Pausen zwischen diesen ... Anfällen ..."

„Ja, lieber Holzer, diese Änderung ist eben mein spezielles Glück." Manfred lacht so bitter auf, daß es den Alten schmerzt.

„Es war doch letzthin gar nicht so schlimm, Herr Doktor", versucht er zu begütigen.

„I wo, ein Hochgenuß war's", entgegnet Manfred mit schneidender Ironie.

„Lieber junger Herr ...!" Es liegt etwas Beschwörendes in diesem spontanen Ausruf Holzers.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg